

# Impulse zur Bundestagswahl 2025

Als ein bundesweit organisierter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe sieht SOS-Kinderdorf die kommenden Bundestagswahlen als entscheidende Gelegenheit, die Rechte und Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu rücken. Das Impulspapier adressiert zentrale Bedarfe junger Menschen in Deutschland: die Themen mentale Gesundheit, Kinderrechte und Jugendhilfe.

Unsere Impulse zielen darauf ab, systemische Lücken zu schließen, die Rechte von Kindern zu schützen und sicherzustellen, dass alle jungen Menschen in Deutschland die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ihre Rechte zu **verwirklichen** und ihr volles Potenzial zu entfalten.

## Zusammenfassung der Impulse

### Mentale Gesundheit

- Kinder und Jugendliche sollen auch ohne Zustimmung der Sorgeberechtigten eine Therapie beginnen dürfen, wenn sie nach Einschätzung eines Therapeuten die notwendige Einsichtsfähigkeit haben.
- Der Ausbau mobiler und aufsuchender Psychotherapieangebote soll gefördert werden, um insbesondere jungen Menschen in komplexen Belastungslagen einen besseren Zugang zu ermöglichen.
- Ein Ausbau psychosozialer Zentren sowie eine verstetigte Finanzierung zur Gewährleistung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für junge Geflüchtete sind notwendig, um einen nachhaltigen Integrationsprozess sicherzustellen.

### Jugendhilfe

- Ein bedarfsgerechter Ausbau von Plätzen in der Kita, dem Ganztage, den betreuten Wohnformen sowie für die Inobhutnahme ist die Grundlage für eine weiter funktionierende Kinder- und Jugendhilfe.
- Dazu gehört auch eine Verbesserung der Personalschlüssel, die Leitungsfreistellung und gesetzliche Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte.
- Eine gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie eine bundesweite Imagekampagne, um die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver zu machen, trägt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe bei.
- Um Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, müssen gezielt finanzielle Mittel für energetische Sanierungen und den Einsatz erneuerbarer Energien bereitgestellt werden.
- Ein Ausbau der Jugendberufshilfe mit einem besonderen Fokus auf benachteiligte junge Menschen kann dazu beitragen, den akuten Fachkräftemangel in der Wirtschaft zu bekämpfen.
- Eine Klarstellung, dass Dienste nach § 16 SGB VIII eine kommunale Pflichtaufgabe sind, wäre eine wichtige Absicherung der Jugendhilfe in der Praxis.
- Angebote der Jugendhilfe für queere junge Menschen absichern und ausbauen, gerade in Zeiten, in denen junge queere Menschen vermehrt unter Druck geraten.

- Die Einführung eines Regelbeispiels von familienunterstützenden Angeboten im SGB VIII unterstützt die Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe.

### Kinderrechte

- Eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist notwendig, um ihre Berücksichtigung in Verwaltung und Gesetzgebung sicherzustellen.
- Die Einführung eines/einer Kinderbeauftragten im Kanzleramt ermöglicht es, die Anliegen junger Menschen als Querschnittsthema in die Gesetzgebung einzubringen.
- Geflüchtete junge Menschen werden von Anfang an besser integriert durch gleichen Zugang zu Teilhabe-, Bildungs- und Gesundheitsleistungen.
- Auch ein Recht auf Geschwisternachzug für minderjährige Geflüchtete hilft der Integration.
- Ein Ausbau von Beteiligungsformaten auf Landes- und Kommunalebene verbessert die Beteiligung junger Menschen.
- Ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut muss über eine reine Verwaltungsreform hinausgehen und betroffenen Kindern zusätzliche Ressourcen bereitstellen.

## 1. Mentale Gesundheit

In den letzten zehn Jahren haben sich die Behandlungsfälle in der Kinder- und Psychotherapie mehr als verdoppelt<sup>1</sup>. Gleichzeitig finden viele Kinder und Jugendliche, die in schwierigen Lebenslagen aufwachsen, keinen Zugang zur Psychotherapie, da ihnen das Recht auf eine selbstbestimmte Entscheidung zur Therapie verwehrt bleibt. Die aktuelle Gesetzeslage sieht vor, dass erst Jugendliche ab 15 Jahren eine Therapie bei einer gesetzlichen Krankenkasse eigenständig beantragen können<sup>2</sup>. Außerdem bedürfen Minderjährige der Einwilligung ihrer Eltern für eine Therapie oder aber der Therapeut ist sich sicher, dass die Einwilligungsfähigkeit vorliegt<sup>3</sup> und riskiert bei gegenteiliger Meinung der Eltern eine rechtliche Auseinandersetzung. Besonders für stationär untergebrachte Kinder und Jugendliche stellt das eine große Hürde dar. Kinder und Jugendliche sollten ohne Zustimmung der Sorgeberechtigten eine Therapie beginnen dürfen, wenn die notwendige Einsichtsfähigkeit nach Ansicht des Therapeuten vorliegt. Der UN-Kinderrechtsausschuss hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Kindern und Jugendlichen ein stärkeres Mitspracherecht bei medizinischen Entscheidungen eingeräumt werden sollte, was auch psychotherapeutische Behandlungen umfasst.<sup>4</sup>

Besonders ausschlaggebend ist dabei, dass Entwicklungsprozesse in der Kindheit und Jugend bestimmte Zeitfenster haben. Was dort versäumt wurde, ist später deutlich schwieriger aufzuholen. Daher ist es gerade für junge Menschen essenziell, dass die Wartezeiten auf einen Therapieplatz kürzer werden. Besonders stationär untergebrachte Kinder und Jugendliche befinden sich in komplexen Belastungslagen. Die Knappheit an Therapieplätzen führt jedoch dazu, dass Therapeut\*innen nur bestimmte Fälle annehmen. In der Praxis von SOS-Kinderdorf zeigt sich, dass dies besonders stationär untergebrachte junge Menschen benachteiligt. Da sie es aufgrund ihrer Umstände schwieriger haben, flexibel Termine auszumachen oder eine Begleitperson für die Anfahrt zu finden, werden sie seltener als Patienten angenommen. Somit

---

<sup>1</sup> [Kassenärztliche Bundesvereinigung \(2024\)](#).

<sup>2</sup> § 36 SGB I.

<sup>3</sup> BGH, NJW 1959, 811.

<sup>4</sup> UN – Kinderrechteausschuss, General Comment Nr. 12, 2009, Rn. 98 ff.

erschwert der Mangel an Therapieplätzen diesen jungen Menschen den Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung. Ein Ausbau mobiler und aufsuchender Psychotherapieangebote könnte für viele dieser jungen Menschen eine konkrete Verbesserung bewirken.

Ebenso komplexe Belastungslagen haben junge Menschen mit Fluchterfahrung. Sie benötigen eine zeitnahe psychologische Unterstützung, die auch eine Voraussetzung für eine nachhaltige Integration ist. Dafür ist eine nachhaltige Unterstützung erforderlich, der Ausbau psychosozialer Zentren sowie eine Verstetigung der Finanzierung, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete flächendeckend sicherzustellen.

### SOS-Kinderdorf regt an:

- Kinder und Jugendliche sollen auch ohne Zustimmung der Sorgeberechtigten eine Therapie beginnen dürfen, wenn sie nach Einschätzung eines Therapeuten die notwendige Einsichtsfähigkeit haben. Dies würde ihnen ermöglichen, schneller und selbstbestimmter die notwendige Unterstützung zu erhalten.
- Der Ausbau mobiler und aufsuchender Psychotherapieangebote soll gefördert werden, um insbesondere jungen Menschen in komplexen Belastungslagen einen besseren Zugang zu ermöglichen. Mobile Therapien bieten die Chance, junge Menschen direkt in ihrem Lebensumfeld zu erreichen und Hürden wie lange Anfahrtswege oder mangelnde Begleitung zu überwinden.
- Ein Ausbau psychosozialer Zentren sowie eine verstetigte Finanzierung zur Gewährleistung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für junge Geflüchtete sind notwendig, um einen nachhaltigen Integrationsprozess sicherzustellen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind oft besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt, die eine schnelle und unkomplizierte Unterstützung erforderlich machen.

## 2. Jugendhilfe

Die Jugendhilfe in Deutschland muss dringend gestärkt werden, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden. Für eine gute frühkindliche Bildung sind mehr Kita-Plätze unerlässlich, um den Bedarf zu decken.<sup>5</sup> Die Einführung bundeseinheitlicher Qualitätsstandards wäre hierfür ein wichtiger Schritt. Dazu gehören fachlich gebotene Personalschlüssel, die die mittelbare pädagogische Arbeitszeit berücksichtigen, eine Leitungsfreistellung sowie gesetzliche Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung.

Gleichzeitig sollte der Fachkräftemangel in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe durch gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie eine bundesweite Imagekampagne bekämpft werden. Im Zentrum dieser Kampagne muss der Beitrag stehen, den Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe für den weiteren Lebensweg von benachteiligten jungen Menschen haben. So könnte das Ansehen der Mitarbeitenden in der Jugendhilfe gesteigert und ihr gesellschaftlicher Impact betont werden. Mobilitätsschranken für Fachkräfte zwischen den Bundesländern bei der Anerkennung von Qualifikationen müssen abgebaut werden.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten, einschließlich der Jugendhilfe. Derzeit fehlen jedoch spezifische Finanzierungen, die es Jugendhilfeeinrichtungen ermöglichen,

---

<sup>5</sup> KJH-Report 2024, S. 58. Danach fehlten 2022 noch etwa 430.000 Plätze.

die für Klimaneutralität notwendigen Maßnahmen umzusetzen – im Gegensatz zu anderen Sektoren wie dem Bau- und Verkehrssektor. In der zukünftigen Finanzierung der Jugendhilfe sollten gezielt Mittel für energetische Sanierungen und den Einsatz erneuerbarer Energien bereitgestellt werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um Deutschlands Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens zu erfüllen. Gemeinnützige Träger können diesen Wandel nicht aus Eigenmitteln oder Vergütungen für erbrachte Leistungen stemmen.

Die Zahl der jungen Menschen ohne Berufsabschluss in Deutschland ist alarmierend hoch. Laut aktuellen Daten haben etwa 12,2 % der 18- bis 24-Jährigen weder eine Schule noch eine Berufsausbildung abgeschlossen.<sup>6</sup> Ein Ausbau der Schulsozialarbeit über das Startchancenprogramm hinaus sowie der Ausbau der Jugendberufshilfe könnten hier viel bewirken. Für die Jugendberufshilfe sind eine verlässliche, mehrjährige Finanzierung sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Jugendberufsagenturen und sozialen Trägern zentral. Diese Maßnahmen wären nicht nur eine Investition in die Zukunft junger Menschen, sondern auch in die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Auch die Unterstützung von Care-Leaver\*innen muss ausgebaut werden. Ohne Unterstützung von Eltern als Bürgen oder Kautionssteller ist es für sie sehr schwierig, Wohnraum zu finden nach dem Ausscheiden aus der Jugendhilfe. Um Wohnungslosigkeit zu verhindern und ihnen einen guten Übergang in ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, brauchen sie zusätzliche Unterstützung. Daten aus Großbritannien zeigen, dass etwa ein Drittel der Care-Leaver\*innen in den ersten zwei Jahren nach Verlassen der Jugendhilfe wohnungslos wird.<sup>7</sup> SOS-Kinderdorf geht davon aus, dass die Problematik in Deutschland vergleichbar ist<sup>8</sup>, aber weitere systematische Untersuchungen zu jungen Wohnungslosen und ihren Bedarfen sind notwendig. Daher sollte die Situation von Care-Leaver\*innen auf dem Wohnungsmarkt wissenschaftlich untersucht und geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Die Einführung eines speziellen Rechtsstatus für Care-Leaver\*innen, der ihnen den unbürokratischen Zugang zu BAföG, Wohngeld und anderen Leistungen ermöglicht, wäre ein wichtiger erster Schritt, den Zugang zu bestehenden Ansprüchen zu erleichtern. Auch eine umfassende finanzielle Unterstützung durch Ausbildungsstipendien und Bildungsförderungen wären wichtige Schritte, um diesen jungen Menschen Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft zu bieten.

Präventive Angebote, wie die Dienste nach § 16 SGB VIII, sollten dauerhaft und flächendeckend in der kommunalen Infrastruktur verankert werden, beispielsweise durch die Klarstellung, dass es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Diese Dienste sind von entscheidender Bedeutung, um Familien frühzeitig zu unterstützen und präventiv gegen problematische Entwicklungen vorzugehen. Eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Bildungssektor und Gesundheitswesen ist dafür die Voraussetzung, wie auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Die Weiterentwicklung des “Aktionsplans Queer leben” könnte die Angebote der Jugendhilfe für queere junge Menschen sichern und ausbauen. Wo entsprechende Angebote durch Kommunen und Länder noch fehlen, sollten mit Modellprojekten auf Bundesebene Strukturen aufgebaut und Möglichkeiten für die Vernetzung und Weiterbildung von Fachkräften geschaffen werden.

Der Weg zu einer vollständig inklusiven Jugendhilfe, der mit dem KJSG begonnen hat, muss auch nach dem Abschluss der Gesetzgebungstätigkeiten mit dem IKJHG weitergehen. Insbesondere der Kostenvorbehalt in § 108 SGB VIII steht einer Weiterentwicklung im Wege, denn er erschwert

---

<sup>6</sup> [Deutsche Welle \(2024\)](#)

<sup>7</sup> [Left Food Forward \(2023\)](#)

<sup>8</sup> <https://www.sos-kinderdorf.de/paedagogik/praxisforschung/wohnungslosenstudie>

es, Bedarfe von bisher nicht adressierten Familien und Kindern zu decken – beispielsweise wären Unterstützungsangebote auch für Geschwister von Kindern mit Behinderung wichtig.

Der Ausbau der Ganztagschulen mit verbindlichen Qualitätsstandards würde die Bildungschancen für alle Kinder verbessern, insbesondere aus sozial benachteiligten Familien. Ein Baustein dafür wäre, dass die Mittelverteilung nicht nach dem Königsteiner Schlüssel, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf der Schulen erfolgt. Dies würde gewährleisten, dass Kinder mit besonderem Bedarf die notwendige Unterstützung erhalten. Gleichzeitig sollte der Ganztags so gestaltet werden, dass er den sozialen Raum öffnet und alle relevanten Akteure wie Jugendhilfe, Gesundheitsdienste und weitere Partner einbindet. Diese Vernetzung ist entscheidend, um die umfassende Unterstützung und den niedrighschwelligigen Zugang zu wichtigen Angeboten zu sichern. Die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung dieser Qualitätsstandards ist dabei von zentraler Bedeutung.

### SOS-Kinderdorf regt an:

- Ein bedarfsgerechter Ausbau von Plätzen in der Kita, dem Ganztags, den betreuten Wohnformen sowie für die Inobhutnahme ist die Grundlage für eine weiter funktionierende Kinder- und Jugendhilfe.
- Dazu gehört auch eine Verbesserung der Personalschlüssel, die Leitungsfreistellung und gesetzliche Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte. Nur durch eine ausreichende personelle Ausstattung können die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen individuell berücksichtigt werden.
- Der Fachkräftemangel muss durch gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme bekämpft werden sowie durch eine bundesweite Imagekampagne, um die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver zu machen. Eine attraktive Gestaltung der Berufsbilder in der Jugendhilfe ist notwendig, um langfristig qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
- Um Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, müssen gezielt finanzielle Mittel für energetische Sanierungen und den Einsatz erneuerbarer Energien bereitgestellt werden.
- Ein Ausbau der Jugendberufshilfe mit einem besonderen Fokus auf benachteiligte junge Menschen kann dazu beitragen, den akuten Fachkräftemangel zu bekämpfen. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für viele junge Menschen eine Herausforderung, die durch gezielte Unterstützung erleichtert werden muss.
- Eine Klarstellung, dass Dienste nach § 16 SGB VIII eine kommunale Pflichtaufgabe sind, ist eine wichtige Absicherung der Jugendhilfe in der Praxis.
- Angebote der Jugendhilfe für queere junge Menschen absichern und ausbauen, gerade in Zeiten, in denen junge queere Menschen vermehrt unter Druck geraten.
- Die Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe sollte insbesondere durch die Einführung eines Regelbeispiels von familienunterstützenden Angeboten im SGB VIII unterstützt werden.
- Care-Leaver\*innen benötigen besondere Unterstützung, um den Übergang in ein selbstbestimmtes Leben erfolgreich zu meistern. Dazu gehört auch der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und die Bereitstellung von finanziellen Hilfen.

### 3. Kinderrechte

Seit 1992 gilt die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, doch in gesellschaftlichen Diskussionen und politischen Entscheidungen werden die Perspektiven und Rechte von Kindern und Jugendlichen oft vernachlässigt. Kinder können ihre Rechte nicht immer selbst einfordern und sind darauf angewiesen, dass Eltern und die Gesellschaft für sie eintreten. Deshalb sollten Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Damit wären Verwaltung und Regierung in der Pflicht, Maßnahmen so zu gestalten, dass sie mit den Kinderrechten im Einklang stehen bzw. Entscheidungen besonders gut zu begründen, wenn sie Kinderrechte einschränken. Mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz regen wir eine bessere Umsetzung dieser Rechte an. Eine Aufnahme würde den Schutz der Kinder und ihre aktive Beteiligung fördern und die Rechtsposition auch von Eltern als rechtliche Vertreter der Kinder stärken.

Die Kinderrechte von minderjährigen Geflüchteten sind besonders gefährdet. Chancengleichheit und der Zugang zu Bildung müssen nach der UN-Kinderrechtskonvention allen jungen Menschen gewährleistet werden. Dies ist derzeit jedoch gerade bei minderjährigen Geflüchteten nicht der Fall, wenn sie längere Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften leben müssen und kaum Zugang zu Bildungsangeboten erhalten. SOS-Kinderdorf regt die Umsetzung des Rechts auf Teilhabe am regulären Schulunterricht an und die Möglichkeit, den Bildungsweg zu wechseln ohne Auswirkungen auf ihre Aufenthaltserlaubnis oder die Ausbildungsduldung. Leistungsbeschränkungen bei der medizinischen Versorgung oder Beschränkungen beim Schulzugang oder anderen sozialen Diensten auf Basis des Aufenthaltsstatus von Minderjährigen sind kinderrechtswidrig und integrationshemmend. Für eine gute Integration von Anfang an müssen die Bundesländer ausreichende Mittel erhalten und klare Vorgaben umsetzen zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung, psychologischer Unterstützung und sozialer Teilhabe. Zudem sollten minderjährige Geflüchtete im Rahmen des Familiennachzugs ihre Geschwister nachholen können.

Als zentrale Anlaufstelle für Kinderrechte sieht SOS-Kinderdorf eine\*n Kinderbeauftragte\*n im Kanzleramt. Er/Sie könnte die Berücksichtigung von Kinderrechten und die Anliegen von jungen Menschen als Querschnittsthema in die Gesetzgebung einbringen. Ein\*e solche\*r Beauftragte\*r würde dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein für Kinderrechte zu stärken und kann Bestandteil einer zentralen, niedrigschwelligen Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche gemäß der UN-Kinderrechtskonvention sein. Ein\*e Kinderbeauftragte\*r könnte eine umfassende Beteiligung junger Menschen am politischen Prozess ermöglichen. Eine weitere Option wäre die Etablierung und Förderung von Beteiligungsformaten auf Landes- und Kommunalebene, z.B. in Form von Jugendparlamenten. Um dabei besonders die Interessen von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe zu berücksichtigen, sollten Ombudsstellen und Landesheimräte<sup>9</sup> in allen 16 Bundesländern ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

Jedes siebte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet.<sup>10</sup> Kinderarmut verletzt die Rechte von Kindern. Sie wirkt sich gravierend auf die Bildungschancen junger Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe aus. Ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut sollte über eine reine Verwaltungsreform hinausgehen und betroffenen Kindern zusätzliche Ressourcen bereitstellen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist eine empirische

---

<sup>9</sup> [Landesheimräte in Bayern, Brandenburg, Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein](#)

<sup>10</sup> [Statistisches Bundesamt \(2024\)](#)

Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

### SOS-Kinderdorf regt an:

- Eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz stellt ihre Berücksichtigung in Verwaltung und Gesetzgebung sicher. Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz würde eine stärkere rechtliche Verbindlichkeit schaffen und die Position von Kindern in unserer Gesellschaft nachhaltig stärken.
- Die Einführung eines/einer Kinderbeauftragten im Kanzleramt ermöglicht es, die Anliegen junger Menschen als Querschnittsthema in die Gesetzgebung einzubringen. Ein/e Kinderbeauftragte/r gewährleistet, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in allen relevanten politischen Prozessen Gehör finden.
- Geflüchtete junge Menschen werden von Anfang an besser integriert durch gleichen Zugang zu Teilhabe-, Bildungs- und Gesundheitsleistungen.
- Auch ein Recht auf Geschwisternachzug für minderjährige Geflüchtete fördert die Integration.
- Ein Ausbau von Teilnehmungsformaten auf Landes- und Kommunalebene kann die umfassende Beteiligung junger Menschen ermöglichen. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Stimme aktiv einzubringen und an Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuwirken.
- Ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut muss über eine reine Verwaltungsreform hinausgehen und betroffenen Kindern zusätzliche Ressourcen bereitstellen. Eine empirische Neuberechnung der Bedarfe unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss die Grundlage für eine zugängliche Leistung sein.

### Ausblick

Die Bundestagswahl 2025 bietet die Chance, die Rechte und Bedürfnisse junger Menschen in den Fokus der politischen Agenda zu rücken. SOS-Kinderdorf setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland die bestmöglichen Bedingungen für ein gesundes und selbstbestimmtes Aufwachsen erhalten. Die genannten Impulse stellen nicht nur eine Investition in die Zukunft junger Menschen dar, sondern auch in die gesellschaftliche Entwicklung und den Zusammenhalt unseres Landes.

Wir bitten alle politischen Parteien, unsere Impulse aufzugreifen und in konkrete Maßnahmen umzusetzen, um eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für junge Menschen zu schaffen. Nur gemeinsam können wir sicherstellen, dass kein Kind und kein Jugendlicher zurückgelassen wird und alle jungen Menschen die Chance erhalten, ihr volles Potenzial zu entfalten.

### Ihre Ansprechpartner bei SOS-Kinderdorf:

**Sven Stumpf**

[sven.stumpf@sos-kinderdorf.de](mailto:sven.stumpf@sos-kinderdorf.de)

Tel.: +49 160 9575 7511

**Sagithjan Surendra**

[sagithjan.surendra@sos-kinderdorf.de](mailto:sagithjan.surendra@sos-kinderdorf.de)

Tel.: +49 1516 5594265